

Unsicheren Euro verkaufen

**Im Mai 2000 soll die Hälfte unserer Goldreserven aus den gesicherten Kellern der Nationalbank verkauft worden sein. Verkauft und mittlerweile ersetzt- doch womit?**

Geschätzte Damen und Herren die Abstimmung zur Goldinitiative rückt in greifbare Nähe und Befürworter und Gegner befinden sich in einem hitzigen Gefecht.
Im Mai 2000 soll die Hälfte unserer Goldreserven, die vornehmlich für den Wohlstand, die Sicherheit und die Stabilität unseres Landes verantwortlich waren, aus den gesicherten Kellern der Nationalbank verkauft worden sein. Verkauft und mittlerweile ersetzt- ersetzt jedoch nicht mit Gleichwertigem sondern mit Fremdwährungen, vornehmlich instabilem Euro, so die Befürworter der Goldinitiative.
Die Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf argumentiert, dass die Nationalbank
bei einer Annahme der Initiative für rund 60 Milliarden Franken Gold zukaufen müsste, um
auf die 20 % Goldanteil des Nationalbankvermögens zu kommen.
Die Initianten fordern dies jedoch keineswegs, nur dass der Goldanteil 20% des Nationalbankvermögens betragen soll. Die Befürworter sind der Ansicht, dass die Nationalbank
viel zu hohe Fremdwährungsbestände besitzt und dies, wie bereits erwähnt, insbesondere in Form maroder Euro. Warum ist nachvollziehbare Zweifel bei den Befürwortern der Goldinitiative lässt, ist weil der Euro sich gerade derzeit in einem derart instabilen Zustand befindet, dass man nicht weiß, ob er morgen noch existiert oder nicht.
Die Initianten beteuern, dass wenn also die Nationalbank das von den Fremdwährungsbeständen ausgehende Risiko durch die schrittweise vorzunehmende Verkäufe abbauen würde, dann nähme das Vermögen der Nationalbank ab. Und wenn also das gesamte Vermögens der Nationalbank kleiner würde, so würde das noch vorhandene Gold ohne zusätzliche Goldkäufe automatisch einen größeren Teil des Nationalbankvermögens ausmachen, die Schweiz bräuchte keine 60 Milliarden Franken für den Goldkauf aufzuwenden und das Vermögen unserer Bank wäre mit 20 % Goldanteil gedeckt. Dies sind die Forderungen der Initianten. Aufdass das Vermögen der Nationalbank mit Gold gedeckt und die Schweiz dadurch wieder und bleibende Stabilität erhält.
KlagemauerTV möchten Sie dazu ermutigen, verehrte Zuschauer und Zuschauerinnen, auch die anderen, hier auf unserer Internetplattform publizierten Sendungen zur bevorstehenden Abstimmung anzuschauen und sich mit dieser wichtigen Thematik auseinander zu setzen. Bleiben Sie dran und geben Sie diese Informationen weiter, die diese Initiative einmal von einer etwas anderen Seite beleuchten sollen, als es die Mainstream Medien tun.

**von mab.**

**Quellen:**

[www.nzz.ch/schweiz/abstimmungen/goldinitiativegefaehrdetstabilitaetdesfrankens1.18399065](https://www.nzz.ch/schweiz/abstimmungen/goldinitiativegefaehrdetstabilitaetdesfrankens1.18399065)
<http://goldinitiative.ch/wp-content/uploads/2014/10/140918-goldstueck.pdf>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#InitiativeCH - Volksinitiative »Rettet unser Schweizer Gold« - [www.kla.tv/InitiativeCH](https://www.kla.tv/InitiativeCH)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.